

28.10.2001

Startschuss für MetallRente. Gesamtmetall-Präsident Kannegiesser begründet gemeinsames Versorgungswerk

Statement Martin Kannegiesser auf der Pressekonferenz am 29. Oktober 2001 in Frankfurt

Der demografische Bruch, also die Schrumpfung und überproportionale Alterung unserer Gesellschaft, ist eine unserer wichtigsten und dramatischsten Herausforderungen. Ihre Auswirkungen werden alle Lebensbereiche tief und mit wachsendem Tempo erfassen. Die Bewältigung dieser Herausforderung ist damit ein Gestaltungsauftrag an jeden Einzelnen von uns, aber besonders an die Politik, die Betriebe und natürlich auch an die Repräsentanten der großen gesellschaftlichen Gruppierungen.

Für die Tarifpartner wird das Thema Schrumpfung und überproportionale Alterung der Bevölkerung sich künftig zu einem roten Faden neuer und erneuerter Denkansätze entwickeln müssen - von Themen wie Weiterbildung, Arbeitszeitgestaltung, Familienfreundlichkeit, Gesundheit bis hin zu massivem weiteren Bemühen um den ständigen Ausbau unserer Produktivität und unserer Innovationskraft. Denn nur eine hochproduktive und innovative Gesellschaft wird in einem Meer weltweit jüngerer und dynamischer Volkswirtschaften mit solchen Veränderungen fertig werden können.

Das Thema Altersvorsorge ist natürlich das zunächst offenkundigste, das uns alle greifbar berührt.

Deshalb war es existenziell wichtig, dass die Politik einen ersten entscheidenden Schritt zu einem Paradigmenwechsel gemacht hat, nämlich:

1. neben das weiterhin unumgängliche Prinzip des Umlageverfahrens im Sinne eines Generationenvertrages eine Zusatzversorgung auf der Basis der Kapitaldeckung zu stellen.
2. neben der allgemeinen gesetzlich verpflichteten Rentenversicherung eine freiwillige private Zusatzversicherung einzurichten.

Die Leistungen aus dieser privaten Zusatzvorsorge muss die Versorgungslücke schließen, die durch die notwendige schrittweise Leistungsabsenkung der gesetzlichen Rentenversicherung entstehen wird.

Es liegt nicht nur im gesellschaftspolitischen, sondern auch im unmittelbaren wirtschaftlichen Interesse der Betriebe, dass die private Zusatzvorsorge ein Erfolg wird, sich möglichst alle daran beteiligen – weil anderenfalls entweder für breite Bevölkerungsschichten Altersarmut droht oder eine unerträgliche Beitragsbelastung des Faktors Arbeit – beides sozialer Sprengstoff.

Durch das Instrument der Entgelt-Umwandlung, bei dem jeder Arbeitnehmer von seinem Arbeitgeber verlangen kann, dass bestimmte Teile seines Entgeltes nicht als Barlohn ausgezahlt, sondern in ein Produkt der Altersversicherung einbezahlt werden, durch dieses Instrument rücken die Betriebe in das Zentrum der Umsetzung unseres Systems der privaten Altersvorsorge.

Den Tarifparteien ist dabei ein entscheidender Gestaltungsauftrag erteilt worden. IG Metall und Gesamtmetall haben diesen Auftrag angenommen und setzen ihn jetzt um.

Wir haben am 04.09. 01 einen Tarifvertrag abgeschlossen, der das "was" und das "wie" der Entgeltumwandlung regelt: Der Arbeitnehmer entscheidet freiwillig, ob und in welcher Größenordnung er Teile seines Entgeltes in Altersvorsorgeversicherungen umwandeln möchte. Der Betrieb hat dies zu organisieren, wobei er sich zwischen drei Durchführungswegen frei entscheiden kann.

Parallel zum Tarifvertrag und ohne rechtlichen Zusammenhang dazu haben wir ein gemeinsames Versorgungswerk gegründet, das ebenfalls drei Durchführungswege anbietet. Der Arbeitgeber kann frei entscheiden, ob er seiner Pflicht zur Organisation der Entgeltumwandlung durch Inanspruchnahme des gemeinsamen Versorgungswerkes nachkommen will. Falls er sich nicht für einen eigenen Durchführungsweg entscheiden kann oder will, erfolgt die Entgeltumwandlung seiner Mitarbeiter

automatisch über das gemeinsame Versorgungswerk MetallRente.

Warum haben wir uns dafür entschieden, ein gemeinsames Versorgungswerk aufzubauen und anzubieten ?

1. Mitarbeiter werden künftig vermehrt die Qualität ihrer Arbeitgeber auch danach beurteilen, wie kooperativ und effizient diese sich in der Frage der Entgeltumwandlung verhalten. Kleine und mittlere Unternehmen stellen auch in unserer Industrie die Mehrheit der Arbeitsplätze. Sie sind mit der Kompliziertheit der Materie teils überfordert, dürfen aber keine strukturellen Nachteile gegenüber großen Unternehmen haben. Deshalb stellen wir ihnen ein administrativ einfaches und leistungsfähiges Versorgungswerk zur Verfügung.
2. IG Metall und Gesamtmetall wollen, dass in diesem so zukunftsensiblen Bereich gemeinsame Verantwortung verankert und erkennbar wird. Dies wird uns auch künftig Auseinandersetzungen in der normalen Verteilungsdiskussion um die hoffentlich weiterhin zu verzeichnenden Zuwächse des Volkseinkommens nicht ersparen – aber wird machen bei allen Gegensätzen deutlich, wo es um gemeinsame und folglich auch gemeinsam zu schützende Grundlagen geht.
3. Die Entgeltumwandlung ist zunächst und zuallererst eine Entscheidung des einzelnen Arbeitnehmers – es geht um sein Geld und um seine persönliche Altersvorsorge. Der Betrieb hat dies gegebenenfalls zu organisieren und übernimmt damit gemäß Gesetz ein Stück Haftungsrisiko und Verwaltungsaufwand. Bei dieser Interessenlage lohnt kein betrieblicher Konflikt hinsichtlich des Lösungsweges. Ein solcher kann durch die mögliche Entscheidung für das gemeinsame Versorgungswerk in der Regel leicht vermieden werden.
4. Das Versorgungswerk MetallRente wird optimale Angebote machen können, weil erstens eine Bündelungsfunktion besteht und zweitens durch die Art seiner Konstruktion unproduktive Kosten für Verwaltung und Vertrieb minimiert sind.
5. Das gemeinsame Versorgungswerk bewirkt eine sachgerechte Neutralisierung der Anlagepolitik. Wir überlassen diese im täglichen operativen Geschäft den Profis, beobachten diese sorgfältig, aber vermeiden durch die gemeinsame Verantwortung eine Interessenleitung schon im Ansatz – eine Gefahr, die bei einem reinen Gewerkschafts- oder Arbeitgeberfonds zumindest theoretisch nicht ganz auszuschließen wäre.

Der Apparat des gemeinsamen Versorgungswerkes MetallRente wird bewusst klein und flach gehalten – wir beauftragen bestehende Organisationen, die Aufgabe unserer Einrichtung ist die intelligente Aktivierung und Überwachung eines großen Netzwerkes. So definiert Paragraph 2 unseres heute unterzeichneten Gesellschaftsvertrages: "Das Versorgungswerk besteht aus von der Gesellschaft ausgewählten Versorgungseinrichtungen und Versicherungen, die die Durchführungswege Pensionsfonds, Pensionskasse und Direktversicherung bereitstellen. Hierfür wählt die Gesellschaft geeignete Unternehmen der Finanz- und Versicherungswirtschaft aus, die sich in einer Rahmenvereinbarung zur Beachtung der von der Gesellschaft aufgestellten Regeln ihrer Tätigkeit und ihrer Beaufsichtigung verpflichten. Die Gesellschaft bedient sich ausschließlich rechtsfähiger Versorgungseinrichtungen, Dienstleistern und ähnlicher Gesellschaften.

Die Gremien sind die Gesellschafterversammlung, der Beirat und zwei Geschäftsführer. Ein Geschäftsführer ist benannt und er wird von beiden Gesellschaftern akzeptiert. Gesamtmetall wird in wenigen Wochen den anderen Geschäftsführer vorschlagen – bis dahin werden unsere Erfahrungen und Sichtweisen durch den Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Dr. Busch, eingebracht, mit Unterstützung durch den Arbeitskreis, der sich bislang auf unserer Seite mit dieser Materie befasst hat.

Grundsätzlich soll MetallRente ein System eigener Kraft und Dynamik werden und damit nach eigenen Gesetzmäßigkeiten und Erfordernissen geführt werden. Proporz-Gesichtspunkte müssen in den Hintergrund treten. Unsere Grundphilosophie ist einfach:

- Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben breite Gestaltungsspielräume, wir bieten ihnen jedoch eine überzeugende Dienstleistung an, die nach unserer Meinung optimal aufgestellt ist.

- Entwicklung, Einrichtung, Betreibung und Kontrolle dieser Einrichtung übertragen wir deshalb sorgfältig ausgesuchten professionellen Dienstleistern, die uns gegenüber Rechenschaftspflichtig sind.
- Eben deshalb wird MetallRente schlanke Strukturen haben, leistungsfähige Finanzdienstleister mit den richtigen Leistungsangeboten sollen die operative Verantwortung für das Versorgungswerk als Betreiber übernehmen.
- Weiter werden wir demnächst einen Wirtschaftsprüfer mit dem Controlling des künftigen Betreibers unseres Versorgungswerks beauftragen.
- Die Anlage des Versorgungskapitals wird zur Risikostreuung in jedem Fall auf mehrere Kapitalanlagegesellschaften verteilt werden. Der Beirat wird bei den Trägern der einzelnen Durchführungswege bei der Gestaltung von Leistungsplänen und Kapitalanlage mitwirken.
- Die von uns verlangten Schlüsselkompetenzen haben wir gegenüber den angefragten Finanzdienstleistern offengelegt und in einem umfangreichen Leistungsheft im Detail konkretisiert.
- Wir suchen einen langfristigen Partner, der die drei Durchführungswege Pensionsfonds, Pensionskasse und Direktversicherung möglichst aus einer Hand anbieten kann, über in der Vergangenheit nachgewiesene Kompetenzen und Leistungsnachweise in der Organisation von großen Versorgungswerken verfügt und anhand strategischer Leistungs- und Bilanzkennzahlen auch die Gewähr dafür bietet, das er voraussichtlich auch in Zukunft zur "Champions-League" in der Altersvorsorge gehört.

Wir werden die Betriebe und Mitarbeiter über unsere eigenen Organisationen informieren und aufklären, in der Form von Schulungskursen, Broschüren, Internetauftritten usw. Eine Reihe von Schulungskursen haben bereits stattgefunden, erste Broschüren wurden veröffentlicht, es soll auch gemeinsame Schulungsangebote für Betriebsräte und Personalleiter geben.

Wir werden dies jedoch eng mit dem Finanzdienstleister unserer letzten Wahl abstimmen, weil unsere Beratungstätigkeit sich letztlich konkret in zwei Ebenen gliedert, nämlich erstens Beratung des einzelnen Betriebes hinsichtlich des Durchführungsweges und zweitens. Beratung der einzelnen Mitarbeiter. Beides hat natürlich enge Berührungspunkte und wird von uns aufeinander abgestimmt.

Alle Weichen sind so gestellt, dass wir im Laufe 1. Quartals 2002 mit der erforderlichen Breite am Markt sind – absolut rechtzeitig für unsere Arbeitnehmer und unsere Betriebe. Ein neues Kapitel in der Sozialpolitik wurde aufgeschlagen und darin finden wir uns in einem spannenden Abschnitt hinsichtlich des Zusammenwirkens von Gesamtmetall, IG Metall, Betrieben und Arbeitnehmern.